

# B R I V

Erscheint monatlich 2 mal  
zum 15. und 1. des Mts.

Organ des  
**Bundes revolutionärer Industrie-Verbände**

Einzel-Nummer 10 Pfg.  
Vierteljahresabonnement  
durch die Post 90 Pfg.

1. Juli 1932

Verantwortlich für Verlag und Redaktion: Max Schmidt, Berlin SO 16, Brückenstr. 8 II  
Telephon F7 Jannowitz 2582 und 0488.

5. Jahrgang Nr. 13

## Feudalismus und Reaktion

Die Regierung von Papen-Schleicher warf bei ihrem Antritt der gegangenen vor, daß sie den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versuchte und dadurch die moralischen Kräfte der Nation geschwächt hätte.

Wenn das deutsche werktätige Volk nicht so vergeblich wäre und über seine Geschichte nachdenken würde, dann müßte es feststellen, daß der Staat für eine gewisse Kaste, nämlich für die preußischen Junker und die Schlotbarone der Schwerindustrie, noch nie etwas anderes war als ein Versorgungsinstitut, das immer bereit war, diesen Herrschaffen Milliarden in die nimmervollen Taschen zu zaubern, während Millionen Männer, Frauen und Kinder des werktätigen Volkes im größten Elend leben mußten und daß man von jeher aus den Knochen der arbeitenden Klasse das Geld herauspreßte, das jenen an den Hals geworfen wurde. Schon vor dem Kriege, unter Wilhelm dem Davongelaufenen, war der Staat für das Junkertum die melkende Kuh und hat man diesen ostelbischen Krautjunkern, damit sie nicht ungemütlich wurden, auch in der Monarchie stets reichlich Liebesgaben zukommen lassen.

Aber gerade der republikanische Staat mit der angeblich freiesten Verfassung der Welt, hat den altpreußischen Junkern und den Ritzern von Schlot und Esse märchenhafte Summen in Gestalt von Subventionen, Sanierungsaktionen, Krediten, Osthilfe, Fürstenentschädigungen und hohen Pensionen zugeschanzt.

Wenn man also von einer Wohlfahrtsanstalt gesprochen hat, so wird wohl Herr von Papen auf jene Klasse Bezug genommen haben, aus der er selbst hervorgegangen und die es stets verstand, aus den Knochen der Arbeitenden Summen herauszupressen, um dann über die Begehrlichkeit dieser Massen zeter mordio zu schreien.

Diese Kaste glaubt für sich das Privileg in Anspruch nehmen zu können, daß die Gelder des Staates nur für sie da sind und daß es ein vaterländisches Verdienst ist, wenn sie dem Staat recht viel Geld auf Kosten der breiten Masse abnehmen.

Es gehört schon Mut dazu, von einer moralischen Zerrüttung des Volkes zu reden in einer Zeit, wo ein Wirtschaftsskandal den anderen jagt, wo Betrügereien, Bestechungen und Unterschlagungen von jenen begangen werden, die sich zur besseren Gesellschaft rechnen. Die Namen Nordwolle, Katzenellenbogen, Fawag, Kreuger sind noch in frischer Erinnerung.

Noch ist nicht vergessen, daß man der deutschen Schwerindustrie siebenhundert Millionen aus dem Blut und Schweiß der Aermsten aushändigte? Derselben Schwerindustrie, die unter Führung von Stinnes den Ruhrkrieg provozierte, der dem deutschen Volke 15 Milliarden Goldmark kostete, derselben Schwerindustrie, die sich aus patriotischer Begeisterung die Steuern stunden ließ und aus den Papierkrediten der Reichsbank ungeheure Gewinne ergatterte. Erst jetzt gibt man dem Montan-Konzern des Generaldirektors Flick, der noch vor kurzem als der drittreichste Mann Deutschlands galt, hundert Millionen und bestätigt damit, daß Deutschland der Wohlfahrtsstaat für Millionäre auf Kosten der breiten Masse ist.

Die Träger dieser mit dem Symbol der inneren Fäulnis behafteten kapitalistischen Wirtschaft fühlen sich berufen, dem werktätigen Volke moralische Zermürbung vorzuwerfen.

Diese Feudalkaste, die zur Sicherung ihrer Standesvorrechte jederzeit bereit war, Vaterland und Deutschland preiszugeben, die während des Weltkrieges die Volksernährung sabotierte und fruchtbares Land liegen ließ, weil dies ihren materiellen Interessen besser diente, wie Herr von Oldenburg-Januschau es damals dem Innenminister von Loebel seelenruhig mitteilte, fühlt sich berufen, die Geschicke des deutschen Volkes in die Hand zu nehmen und glaubt die Zeit für gekommen, wo sie mit Hilfe Hitlers das deutsche Volk unter ihre Feudalherrschaft zwingen kann.

Was daher zu erwarten ist, das sollte die Vergangenheit dem deutschen Volke gelehrt haben. — Es ist die schwärzeste Reaktion die in Deutschland sich einzunisten beginnt. Gelingt es ihr sich zu behaupten, dann beginnt nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa eine neue Periode der heiligen Allianz. Damit droht auch die Gefahr erneuten Völkermordens, die sich blitzartig kennzeichnet in der Veröffentlichung des „petit parisien“ (französische Zeitschrift), wo nach einem Interview mit dem deutschen Reichskanzler von Papen der Berichterstatter folgendes veröffentlichte:

„Herr von Papen scheint nicht die knabenhaften Illusionen des früheren Außenministers Dr. Curtius über die Möglichkeit eines deutsch-österreichischen Zollvereins zu teilen.“

Der Kanzler ist ein entschiedener Anhänger der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten.

Wenn die Konferenz von Lausanne diese Zusammenarbeit bringen würde, dann würde das in Deutschland einen starken Einfluß ausüben.

Außer der wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenarbeit mit Frankreich denke der Kanzler überraschenderweise auch an eine Art von Militärabkommen, wie es dem bekannten Rechtbergischen Plan entspricht.

Hierdurch ergeben sich für die Abrüstungskonferenz neue Möglichkeiten.

Frankreich und Deutschland müssen sich über ein militärisches Gleichgewicht verständigen. Am besten würde

### Bereit zum gemeinsamen Abwehrkampf!

Der Beirat des Bundes revolutionärer Industrie-Verbände hat Stellung genommen zu der gegenwärtigen politischen Lage und durch nachstehenden Aufruf den ernsthaften Willen zum gemeinsamen Kampf mit allen Arbeitern und Arbeiterorganisationen, die den Kampf gegen die bestehende Reaktion und den offen auftretenden Faschismus gewillt sind aufzunehmen, dokumentiert.

Trotz der großen Zersplitterung der Arbeiterklasse Deutschlands in parteipolitische und gewerkschaftliche Hinsicht ist in der gegenwärtigen Stunde alles Trennende beiseite zu stellen und der Kampf gegen die Reaktion als vereinte Klasse der Ausgebeuteten zu führen.

Diese Erkenntnis ist die Vorbedingung zum erfolgreichen Abwehrkampf! Wer sich in diesem Kampf absieht, wer die Sammlung der proletarischen Kräfte sabotiert, hilft damit der Reaktion!

Deshalb richtet sich unser Aufruf an alle, die ernsthaft gewillt sind gegen Reaktion und Faschismus zu kämpfen.

#### Aufruf des Bundesbeirates!

In einer Zeit, wo brutalste Reaktion und faschistische Willkür sich anschiekt die gesamte Arbeiterbewegung zu unterjochen, ist die Notwendigkeit der einheitlichen Abwehr eine Lebensfrage der Arbeiterklasse insgesamt. Daher haben alle Arbeiter und Arbeiterorganisationen trotz der bestehenden politischen sowie gewerkschaftlichen Gegensätze den Kampf gegen den gemeinsamen Feind aufzunehmen.

Nur wenn das Proletariat ohne Unterschied der Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit einheitlich zur Abwehr bereit ist, wird der Faschismus zu schlagen sein!

Dieser Kampf ist ein politischer Entscheidungskampf für das Proletariat. Daher haben die politischen Parteien, in denen das Proletariat verankert ist, in diesem Kampfe Wegweiser zu sein der gesamten Arbeiterklasse! Vorbedingung zur Sammlung aller proletarischen Kräfte, die gewillt sind, in diesem Kampfe ihren Mann zu stehen, ist die Zurückstellung aller politischen und gewerkschaftlichen Gegensätze und Einstellung gegenseitiger Bekämpfung in Wort und Schrift.

Die im Bund revolutionärer Industrie-Verbände zusammengeschlossenen Organisationen sind bei Anerkennung und strikter Wahrung ihrer vollkommenen Selbständigkeit bereit, gemeinsam diesen Kampf gegen Faschismus und Reaktion zu führen.

#### Hinweg mit dem Bruderkampf!

Für den vereinten Klassenkampf!

Berlin, den 22. Juni 1932.

Der Beirat des Bundes revolutionärer Industrie-Verbände.

## Jugend, dir droht die Sklaverei!

Die Arbeitsdienstpflichtpläne des gestürzten Generals Groener sollen von der Papen-Regierung in Gemeinschaft mit den Nazis in schärfstem Ausmaß zur Durchführung gebracht werden.

Wenn man dieses Problem, um es der Jugend schmackhaft vorzusetzen, heute noch freiwilliger Arbeitsdienst nennt, so nur, um den wahren Charakter zu verschleiern und durch die erfolgten zahlreichen Meldungen dann bei passender Gelegenheit die Notwendigkeit der Umblidung des freiwilligen in Zwangsarbeitsdienst zu fordern.

In den daran interessierten Kreisen spricht man davon, daß die Gemeinden für ihre Arbeiten die Dienstfreiwilligen dadurch gewinnen könnten, daß das Arbeitsamt zu freiwilliger Meldung auffordert, was nicht ausschließt, daß von dieser Seite schon ein gelinder Druck für die Meldung ausgeübt wird.

Da nach dem Gesetz Träger dieser freiwilligen Arbeitsdienstpflicht außer den Körperschaften des öffentlichen Rechts, gemeinnützige Stiftungen und Vereinigungen, also politische und gewerkschaftliche Organisationen, sind, ist die Freiwilligkeit in gewisser Beziehung überhaupt nur noch

ein solches Uebereinkommen von den Generalstäben beider Länder erörtert werden.“

Ist diese Bereitwilligkeit zur Unterwerfung unter den französischen Imperialismus etwa der Kaufpreis für die Legalisierung der SA.?

Verschärfte Kriegsgefahr, vornehmlich gegen Sowjet-Rußland, ist das Faschit eines solchen Bündnisses. Dieses von Hitler tolerierte Regime hat dem Volke eine neue Notverordnung beschert, die gerade denen, die nichts mehr zu beißen haben, das letzte Stück Brot vom Munde raubt und für hunderttausende Familien unerhörtes Leid, unbegrenztes neues Elend geschaffen hat.

In dem gleichen Moment, wo man Konzernen Subventionen in Höhe von hunderten von Millionen gewährt, hat man eine Senkung der Arbeitslosen-Unterstützung um 23 bis 40 Prozent, Bedürftigkeitsprüfung nach sechs Wochen, Senkung der Krisenfürsorge um 10 Prozent, der Wohlfahrtsfürsorge um 15 Prozent, Aufhebung des Hauszinssteuer-Erlasses, Kürzung der Renten aus Invaliden- und Angestellten-Versicherung um 7 bis 15 Prozent, Kürzung der Renten für kinderlose Leichtkriegsbeschädigte um 20 Prozent, Einstellung der Kinderzulagen und Waisenrenten nach dem 15. Lebensjahr, eine Abgabe zur Arbeitslosenhilfe (Beschäftigtensteuer) von jedem Gehalt und Lohn von 1½ bis 5¼ Prozent, eine Salzsteuer von 6 Pf. für das Pfund, Fortfall der bisherigen 5000-Mark-Freigrenze für die Umsatzsteuer, Herabsetzung des pfändungsfreien Einkommens von 195 RM auf 165 RM beschlossen.

Das ist das Gesicht der Regierung der nationalen Konzentration, die in Wirklichkeit vom Faschismus dirigiert wird.

Hitler wird vom Innenminister zu stundenlangen Unterredungen empfangen. Hitler interpelliert dort über das Uniformverbot der süddeutschen Länder. Hitler wünscht die Vertagung der Ministerpräsidentenwahl in Preußen und prompt wird dem Folge geleistet.

Hitler ist für den Ausnahmezustand und eine Konferenz der Innenminister muß zusammenreten, um den Konflikt zwischen Reich und süddeutschen Ländern aus Anlaß des SA- und Uniformverbotes nach Hitlers Willen beizulegen.

Die Reichsregierung wird von Hitler gezwungen, hierbei ihr wahres Gesicht zu zeigen. Man erwägt zwei Möglichkeiten, entweder durch eine Notverordnung reichsgesetzlich die Frage des Uniformtragens zu regeln und die Uniformträger unter die Bestimmungen der Reichswehrleitung zu stellen, oder, wenn dies nicht gelingt, soll der militärische Ausnahmezustand und damit offene Militärdiktatur auch die süddeutschen Staaten zwingen, den Willen Hitlers anzuerkennen.

Die Presseleute der Börsenjobber, Großindustriellen und Großgrundbesitzer jubelt der Regierung der nationalen Konzentration zu. Sie verlangt ganze Arbeit: vollständige Unterdrückung der Arbeiterbewegung.

Eine Denkschrift mit dem ausdrücklichen Vermerk „nicht zu den Akten, geheim“ wurde von dieser Seite den Reichsämtern zugeleitet. In ihr wird verlangt:

Das Verbot des kommunistischen Jugendverbandes, des Kampfbundes gegen den Faschismus, der Kommunistischen Partei; die Auflösung sämtlicher antifaschistischer Schutzstaffeln; des deutschen Freidenkerverbandes; der deutschen Friedensgesellschaft und das Verbot von „Das Andere Deutschland“, deren Führer unter Landesverrat zu stellen sind. — Diesbezüglich wird ein Gesetz zum Schutz gegen Volksverrat von der Reichsregierung verlangt.“

Wann endlich beginnt das Proletariat zu denken und die erste Gefahr zu erkennen?

Es ist an der Zeit, sich über die Grenzen der Parteidoktrinen und Organisationsorgelien hinweg die Hände zum reichen zum Zusammenschluß aller proletarischen Kräfte, um abzuwehren die schwärzeste Reaktion!

ein Aushängeschild, da diese Organisationen ihren Mitgliedern mit allen Mitteln die Nützlichkeit des freiwilligen Arbeitsdienstes klarzumachen versuchen. Nach einem Aufsatz des Oberregierungsrates Dr. von Funkheim (Reichsarbeitsblatt) sind als Träger des freiwilligen Arbeitsdienstes zur Zeit 23,6 Proz. die öffentlich rechtlichen Körperschaften, 51,4 Proz. Turn- und Sportvereine, sowie Kirchen und Charitasverbände, 19 Proz. sonstige Verbände wie technische Nothilfe, Wehr- und ähnliche Verbände. Laut Statistik war hieran der Jungdeutsche Orden bei den Arbeiten am stärksten beteiligt, ihm folgte der Stahlhelm, dann das Reichsbanner. Auch mehrere Verbände wie die Arbeiterwohlfahrt, die freien und christlichen Gewerkschaften, der deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband, der Gewerkschaftsbund der Angestellten sind sehr stark an diesen Arbeiten beteiligt.

Triumphierend meldet der „Jungdo“, das Organ der Jungdeutschen, daß sie es bis zum 1. Juni 1932 auf 112 Freikorps der Arbeit gebracht haben.

Auch die reaktionäre Organisation der deutschen Studentenschaft zeigt lebhaftes Interesse hieran. — In Leipzig hat der Allgemeine Studentenausschuß den Beschluß gefaßt,

ein Arbeitslager zur Flußregulierung 20 km von der polnischen Grenze zu errichten und betont dabei, daß damit nicht nur eine wirtschaftliche Hilfe, sondern auch eine nationale Aufgabe erfüllt werde. Die neue Notverordnung hat bereits 20 Millionen für den Arbeitsdienst aus den Mitteln der Beschäftigtensteuer eingesetzt; geplant wird die Erweiterung des Personenkreises auf 100 000 Erwerbslose, Beseitigung der Begrenzung von 20 Wochen. — Selbst bürgerliche Zeitungen schreiben, daß durch diesen Arbeitsdienst, dessen Entscheidung allein in die Hand des Arbeitsamtsvorsitzenden gelegt werden soll, die Gefahr der Verdrängung von Notstandsarbeiten, ja sogar von regulären öffentlichen Arbeiten besteht und schon jetzt eine Reihe von Fällen zu verzeichnen sind, wo die Genehmigungen mit dem Vermerk „da erforderliche Mittel für diese Arbeiten nicht zur Verfügung stehen, können sie nur durch den freiwilligen Arbeitsdienst ausgeführt werden“ versehen sind.

Schon haben die gemeindlichen Hilfswerke Bayerns den Antrag gestellt, die abzuholenden Gebiete durch den freiwilligen Arbeitsdienst ausrodern zu lassen, da die Mittel für die Holzfällerlöhne nicht zur Verfügung stehen.

Daß die Nazis den Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes als Sprungbrett zur Einführung der Arbeitsdienstpflicht betrachten, beweisen die von ihnen ausgearbeiteten Bestimmungen und ihre rege Propaganda für deren Durchführung. So wurde von dem Nazi-Reichstagsabgeordneten Oberst a. D. Hierl vor den Studenten der Technischen Hochschule in Charlottenburg ein Vortrag über Sinn und Gestaltung der Arbeitsdienstpflicht gehalten, in dem er einige wichtige Paragraphen dieser ausgearbeiteten Bestimmungen vorlas, so z. B.:

„Wer sich der Arbeitsdienstpflicht vorsätzlich und rechtswidrig entzogen hat oder wer der Einberufung zum Arbeitsdienst vorsätzlich oder rechtswidrig nicht Folge leistet, wird nach der vom Reichskanzler zu erlassenden Strafrechtsordnung des deutschen Arbeitsdienstes bestraft.“

Schuldhaft versäumter Arbeitsdienst ist nachzuholen. Wer es unternimmt, in der Öffentlichkeit in Wort, Schrift, Bild oder anderer Weise den deutschen Arbeitsdienst verächtlich zu machen oder sonst herabzuwürdigen, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

Wer einen Arbeitsdienstpflichtigen aufreizt, der Einberufung zum Arbeitsdienst nicht Folge zu leisten, oder wer einen Angehörigen des Arbeitsdienstes aufreizt, eine Widersätzlichkeit, Gehorsamsverweigerung, Meuterei, Werkshädigung oder Sabotage zu begehen, wird mit Zuchthaus bestraft.

Für bereits Vorbestrafte oder besonders widersätzliche Arbeitsdienstpflichtige werden besondere Besserungsabteilungen errichtet. Faulheit und Widersätzlichkeit sind mit allen vorschrittsmäßigen Mitteln rücksichtslos zu brechen.

Irgendwelche politische Betätigung ist für die Arbeitsdienstpflichtigen nicht zulässig.

Für die Arbeitsdienstpflichtigen werden ähnliche Vorschriften betreffs Zersetzungsarbeit erlassen werden wie für die Reichswehr.“

Diesbezüglich ist eine Reichsarbeitsgemeinschaft für deutsche Arbeitsdienstpflichtige (Rada) gegründet worden. Auf einer Tagung dieser Rada im Herrenhaus wurde dieser Gesetzentwurf mit Ausführungsbestimmungen und Dienstleistungsvorschriften zur Einführung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht ausgearbeitet und soll der Regierung vorgelegt werden.

Durch diese allgemeine Dienstpflicht soll ein Arbeitsheer geschaffen werden, in dem alle deutschen Reichsangehörigen im Alter von 19 bis 22 Jahren ihre Arbeitsdienstpflicht ableisten sollen.

Das Stammpersonal und die Leitung des Arbeitsdienstes soll aus verabschiedeten Beamten und Offizieren bestehen, die eine eigene Strafgewalt erhalten sollen, um straffste Manneszucht aufrechtzuerhalten.

Die Arbeitsdienstpflichtigen sollen keinen Lohn, sondern nur ein Taschengeld von 30 bis 50 Pf. täglich erhalten, außerdem Unterkunft, Nahrung und Kleidung.

Zum Schluß seiner Ausführungen erklärte dieser Nazi-Oberst ganz offen, „wir müssen wieder zur allgemeinen Wehrpflicht kommen. — Der Arbeitsdienst stellt nur eine Zwischenstufe hierzu dar.“

Daß die Nazis fieberhaft an der Durchführung dieses Eldorado arbeiten, geht aus einem Rundschreiben hervor:

„NSDAP., Gausturm Ostmark, Abt. I, 354.

Vertraulich!

Betrifft: Arbeitsdienstpflicht.

Besondere Anordnung.

Auf Grund der besonderen Anordnung der Gruppe Ost sind die Vorarbeiten für die Durchführung der Arbeitsdienstpflicht in jeder Weise zu unterstützen. Insbesondere sind in Zusammenarbeit mit der politischen Leitung für das Stammpersonal der Arbeitsdienstpflicht geeignete Führer und Unterführer aus dem Kreise der SA. und der Parteigenossen auszuwählen und zu melden. (siehe Anlage 1.)

Für die Unterbringung der Arbeitsdienstpflichtigen sind geeignete Gebäude ausfindig zu machen und anzugeben. (siehe Anlage 2.)

Der Führer der Untergruppe Ostmark.

gez.: S. Repp, Oberführer.“

Aus dem hier Aufgeführten wird klar ersichtlich, daß die faschistische Reaktion ihre Maßnahmen trifft, um die proletarische Jugend in Sklavenketten zu legen.

Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, erhält die Regierungserklärung vom 4. Juni d. J. eine besondere Bedeutung, in der gesagt wird: „Zu tief ist schon in alle kulturellen Gebiete des öffentlichen Lebens die Zersetzung atheistisch-marxistischen Denkens eingedrungen. Es muß eine klare Entscheidung darüber fallen, welche Kräfte gewillt sind, das neue Deutschland auf der Grundlage der unveränderlichen Grundsätze der christlichen Weltanschauung aufzubauen zu helfen.“

Hier soll also der deutschen Jugend mit Militärdress und frommen Kirchensprüchen die christliche Weltanschauung eingebläut werden.

Wenn wir die proletarische Jugend auf die Gefahr der Einführung der Arbeitsdienstpflicht hinweisen, hinter der sich die Wiedereinführung der militärischen Dienstpflicht verbirgt, so deshalb, weil wir sie nicht für die imperialistischen Ziele der Bourgeoisie sondern für den Befreiungskampf des Proletariats benötigen und weil, wenn Deutschland nicht in Barbarei versinken soll, die Worte Karl Liebknechts, die Jugend ist die Flamme der Revolution, Tatsache werden muß.

## Industrie-Verband für Berg- und Hüttenarbeiter

### Husemann will verstaatlichen

Auf der Jahreskonferenz des Ruhrbezirks hielt der Führer des Bergarbeiter-Verbandes, Husemann, eine große Rede für die Verstaatlichung des Bergbaues.

In der Gewerkschaftspresse wird nun mit dieser Rede große Reklame gemacht und dieses Ablenkungsmanöver als sozialistische Gegenwartsforderung bezeichnet.

In seiner Rede betont dieser Arzt des kranken Kapitalismus, daß die Verstaatlichung des Bergbaues nicht nur eine Frage des sozialistischen Prinzips ist. Damit dokumentiert er, daß die Verstaatlichung eine Frage des Profits sein soll. Die Gegenwartsforderung des ADGB. bedeutet daher die Sanierung der bankrotten Bergbaukonzerne mittels der Steuergroschen der Proleten.

Daß der Verstaatlichungsschwindel eine direkte Hilfsleistung für das Bergbankkapital darstellen soll, dokumentiert das Organ des freigewerkschaftlichen Bergarbeiter-Verbandes, wenn es schreibt: „Was wir heute fordern, liegt durchaus im Rahmen der heutigen Verfassung, die sich auch in dieser Beziehung mit bester christlicher Auffassung deckt.“ — Damit empfiehlt sich die SPD. der herrschenden Klasse und stellt die Verstaatlichung als ungefährlich für die Kapitalisten dar.

Wenn wir zurückdenken an die April-Tage des Jahres 1919, als seinerzeit 350 000 Bergarbeiter im Ruhrgebiet unter der Parole „alle Macht den Räten“ in den Generalstreik traten und bereit waren, für die Sozialisierung der Produktionsmittel zu kämpfen und feststellen mußten, daß es gerade jene Gewerkschaften und die SPD. waren, die mittels des Standrechtes und ihrer Noske-Garde das Proletariat blutig niederschlagen ließ, weil es wagte die Sozialisierung der Betriebe zu fordern, trotzdem in der Nationalversammlung in

### Kollege!

Bist Du arbeitslos, sichere Deine Mitgliedschaft und damit Deine Rechte im Verband. Besuche ständig die Versammlungen. Die Mitgliedsbücher werden durch Kleben der beitragsfreien Marken in Ordnung gehalten.

Weimar ein Antrag gerade von der SPD. eingereicht wurde, der die Reichsregierung auffordert, die Ueberführung der Bergwerke und Erzeugung der Energie in öffentlichen Betrieben (Sozialisierung) mit möglichster Beschleunigung zu betreiben und dabei Arbeiter und Angestellte durch geeignete Vertreter zur Kontrolle und Verwaltung heranzuziehen.

Damals hatten jene Männer, die heute von Verstaatlichung sprechen, die Macht in Händen, dieses durchzuführen, um so mehr als das Proletariat für diese Durchführung hinter ihnen gestanden hätte. Statt dessen fügten sie sich den Profitinteressen der Bergwerksbesitzer und schlugen das Proletariat nieder. Heute, wo die Kapitalhyänen alles in Grund und Boden gewirtschaftet haben, sollen durch die Steuerzahler die Betriebe saniert werden durch Verstaatlichung, wobei die Bergwerksbesitzer selbstverständlich ein gutes Geschäft machen sollen.

Dort, wo die privatkapitalistische Ausbeutung versagt und der kapitalistische Staat als Ausbeuter an deren Stelle tritt, wird auf Grund des Machtapparates desselben, das Proletariat noch schlimmer ausgebeutet.

Wir sagen deshalb, wenn das Proletariat nicht mehr durch die besitzende Klasse, ganz gleich ob Privat- oder Staatskapital, ausgebeutet werden soll, dann muß es selbst die Sozialisierung der Produktionsmittel zur Wirklichkeit werden lassen. Dann muß es in der Erkenntnis, daß die Reaktion mit ihren Lakaien von der proletarischen Massenaktion hinwegzuführen ist, den Weg freimachen zur kommunistischen Produktionsform und Verteilungswirtschaft.

### So sieht 'ein kleiner Imbiß' aus

Die Krefelder Polizei siedelte vor kurzem in das sogenannte Hansa-Haus über. Aus Anlaß dieser wichtigen Begebenheit wurde für die Vertreter der Presse — natürlich nur der bürgerlichen — und sonstigen wichtigen Persönlichkeiten Krefelds ein kleiner Imbiß gegeben. Derselbe hatte folgendes Aussehen:

Doppelte Hühnerkraftbrühe in Tassen,  
Fasanenschnitte, Sauce Tatar,  
Französische Mastpollarde garniert auf Römer Art,  
Rehrücken nach der Kaiserin, Sauce Kumberland,  
Brüsseler Tauben-Medaillons,  
Masthähnchen auf Toastsockel,  
Hummer-Mayonnaise,  
Fleisch-Salat, Herings-Salat,  
Italienischer Salat,  
Roastbeef englisch, Sauce Remoulade,  
Frische Ochsenzunge,  
Koburger Schinken,  
Pochierte Eier nach Rossini,  
Käseplatte-Potpourri.

Getränke:

Dortmunder, Hansa, Pilsner, Münchener,  
Pechorr hell und dunkel,  
Kaiserbrunnen, Fachingen, Zitrone naturell, Orangeado.  
Weine; besondere Karte.

Der neue Polizeipräsident von Krefeld sprach bei diesem großen Ereignis von „altpreußischer Einfachheit und Sparsamkeit“. (Daher wohl dieser in der Einladung so bezeichnete kleine Imbiß.) Sogar der Vertreter einer bürgerlichen Zeitung stellt die Frage, wie denn nun eigentlich großer Imbiß beschaffen sei, wenn es sich hierbei nur um einen kleinen handelte.

Millionen in Deutschland wären zufrieden, wenn sie sich nur täglich an den einfachsten Speisen sattessen könnten — sie haben nicht einmal genügend trocken Brot.

Auf diese Art wird das Geld der Steuerzahler verbraucht und dann hat man noch die Stirn von Einfachheit und Sparsamkeit zu reden.

## Industrie-Verband für das graphische Gewerbe

### Erneuter Lohnabbau für die graphischen Hilfsarbeiter geplant!

Hat schon der Manteltarif, der von den Führern des graphischen Hilfsarbeiter-Verbandes akzeptiert wurde, ungeheure Verschlechterungen in der Ferien- und Schichtbezahlung gebracht, so ist die Forderung der Unternehmer in bezug der Regelung des Reichslohntarifes geradezu eine Verhöhnung der graphischen Hilfsarbeiter.

Die Unternehmer führen zum Zwecke des Druckes in der Provinz Aussperrungen durch, wo die geplanten Verschlechterungen nicht widerstandslos geschluckt werden.

In Berlin hat der reformistische Verband den Mitgliedern empfohlen, dort, wo die Unternehmer die Verschlechterungen durchführen wollen, zu kündigen. Damit sollte weitere Zeit für Verhandlungen gewonnen werden. Die Unternehmer antworteten sofort mit Gegenmaßnahmen, indem sie von sich aus dem übrigen Personal kündigten. Damit wollen sie erreichen, daß der Lohnabbau geschluckt wird.

Für die Kollegen im graphischen Gewerbe heißt es jetzt zusammenzustehen, ganz gleich ob Hilfsarbeiter oder Buchdrucker und den Kampf gegen die Verschlechterungen aufnehmen. Hierbei dürfen sie sich jedoch nicht auf die Führer der reformistischen Verbände, auch nicht auf die Parolen der RGO. verlassen, sie müssen selbst den klaren Weg des Kampfes beschreiten. Sie müssen erkennen lernen, daß sie eine selbständige starke Klassenkampforganisation brauchen, die alle in der Papier-Industrie Beschäftigten zu einer Industrie-Organisation erfaßt. Der Industrie-Verband für das graphische Gewerbe, hervorgegangen aus dem Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands, Opposition, ist auf dieser Grundlage aufgebaut. Ihn zu einem Machtfaktor zu gestalten, der notwendig ist, um erfolgreich den Kampf gegen das Unternehmertum des graphischen Gewerbes zu führen, sollte der Weg eines jeden klassenbewußten graphischen Arbeiters sein!

### Wofür noch Geld vorhanden ist!

Überall wird abgebaut, weil angeblich kein Geld vorhanden ist. Löhne wurden durch Notverordnung abgebaut, jetzt durch die Schlichtungsmaschine oder mit Einverständnis der kapitalerhaltenden freien Gewerkschaften teilweise bis zu 40 Prozent.

Renten werden abgebaut, damit die Rentner schneller zum Friedhof auswandern, Erwerbslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung wird abgebaut, Kinderspeisungen werden eingestellt, Altersheime aufgelöst, Fürsorge eingestellt, weil angeblich kein Geld dafür mehr vorhanden ist. Wofür jedoch noch Geld da ist, zeigt der Reichsetat für 1932/33. Da baut das deutsche Reich anstatt Wohnungen Kriegsschiffe, Kanonen statt Kleidung, Granaten und Torpedos statt Lebensmittel.

In diesem Etat sind die Gesamtausgaben für die Reichswehr mit 675,5 Millionen, die wir durch Steuern aufbringen müssen, angesetzt. Vor einigen Jahren gab es ein großes Hallo um den Bau des Panzerkreuzers A. Schließlich wurde mit dem Bau begonnen, denn der Reichstag hatte mit Hilfe der SPD beschlossen, der Bau soll nur unterbleiben, wenn kein Geld dafür da ist. Die Hermann-Müller-Regierung — das darf nicht vergessen werden — erklärte, Geld ist da, und so wurde der Bau in Angriff genommen. Beim Panzerkreuzer B machte man schon nicht mehr viel Aufhebens, und im neuen Entwurf des Reichsetats ist plötzlich eine erste Rate von 4 900 000 RM angesetzt. Wenn jetzt also Panzerkreuzer C dran ist, dann kommt das Schiff D das nächste Jahr. Es fängt immer mit einer kleinen Rate an, um dann in den nächsten Jahren selbstverständlich fertig gebaut und die Mittel dafür nachbewilligt zu werden. Proleten denkt darüber einmal nach. Euren Kindern müßt ihr oftmals das Brot, das sie zur Stillung des Hungers benötigen, vorenthalten. Für die Reichswehr aber, die wirklich nur den Zweck hat, einer Anzahl Offiziere ihr Herrschbedürfnis zu befriedigen, gibt der Staat, der täglich schreit, es ist kein Geld da, beinahe Zweidrittel Milliarden RM aus.

### Achtung, Bundesjugend!

Am Mittwoch, dem 6. Juli, abends 7 Uhr, findet im Sitzungssaal des Industrieverbandes für das Baugewerbe, Berlin, Brückenstr. 8 II, eine

Versammlung aller Jugendlichen der dem Bund revolutionärer Industrieverbände angeschlossenen Organisationen

mit dem Thema: Der Abwehrkampf der Jugend gegen ihre Versklavung, statt.

Die Gefahren für die Jugend von seiten der Reaktion sind ungeheuer! Daher ist das Erscheinen aller Jugendlichen dringende Pflicht!

Wir ersuchen die Organisationen, dafür Sorge zu tragen, daß ihre Jugendlichen restlos erscheinen.

Der Bundesvorstand.

### Bekanntmachung

Der Freie Arbeiter-Sängerbund Deutschlands, Gau Berlin-Brandenburg, ersucht um Aufnahme folgender Bekanntmachung.

Am Sonntag, dem 17. Juli, veranstaltet obiger Sängerbund ein Sängerbefest im Moabiter Schützenhaus. Der Eintrittspreis beträgt 0,30 RM. Das außerordentlich reichhaltige Programm der verschiedenen Massenchöre verspricht jedem Gesang liebenden Kollegen ein paar genußreiche Stunden und ersuchen wir daher um recht zahlreiche Beteiligung, um so mehr, da diese Chöre bei Veranstaltungen der Industrieverbände stets bereitwilligst mitwirkten.

Karten sind beim Kollegen K. Müller, Berlin O, Petersburger Plat 4, oder im Büro des Bundes, Brückenstr. 8, zu haben.

# Industrie-Verband für das Metallgewerbe

Zentrale: Berlin, Kommandantenstr. 63/64, v. 3 Tr. — Telefon: A 7 Dönhoff 3110

## Das „Rettingsprogramm“ der Freien Gewerkschaften

In seiner am 11. Juni abgehaltenen Bundesausschusssitzung nahm der ADGB Stellung zu der neuen, politischen Lage. Nachdem die Gewerkschaftsführer gezwungen waren, zuzugestehen, daß die wirtschaftliche Lage des Arbeiters sich von Tag zu Tag verschlechtert, daß die unerhörten Angriffe der neuen Reichsregierung auf die Lebenshaltung der Gesamtarbeiterschaft eine offene Kampfansage an das Proletariat bedeutet, mußten sie, notgedrungen, ihren Anhängergruppen gegenüber so tun, als ob sie etwas für den Arbeiter täten. Sie verkündeten ein „Rettingsprogramm“, das einen Ausweg aus der jetzigen kritischen Situation darstellen soll und sich in sechs Punkte gliedert. Da diese sechs Punkte in äußerst radikal klingenden Worten gehalten sind, werden ohne Zweifel viele Arbeiter, besonders aber die Mitglieder des ADGB, in den Glauben versetzt, daß dieses Rettingsprogramm tatsächlich ein Faktor sei, geeignet, eine Besserung der Dinge herbeizuführen. Hier keine Illusion aufkommen zu lassen, soll Aufgabe des Artikels sein.

Die sechs Punkte des ADGB-Rettungsprogramms sind folgende:

1. Konjunkturpolitik und Massenkaufrkraft.
2. Industrie und Handel.
3. Kredit und Bankwesen.
4. Agrarpolitik.
5. Außenhandelspolitik.
6. Aufbau der Planwirtschaft.

Zu Punkt 1. wird gesagt, daß es notwendig sei, die Massenkaufrkraft zu stärken und die Kapitalbildung und die Kapitalverwendung zu regeln, und, entsprechend der steigenden Produktivität der Arbeit die Arbeitszeit zu verkürzen.

Punkt 2. fordert „Einflußnahme“ des Staats auf die Entwicklung der Industrie und rät, die Schlüsselindustrien wie Berg- und Hüttenbau, die Grobchemie usw. zu verstaatlichen. Außerdem wird der Vorschlag gemacht, den Zusammenschluß der Verbraucher in Vorkonsumgenossenschaften zu fördern.

Unter 3. ist ebenfalls Verstaatlichung vorgesehen und zwar dergestalt, daß das private Bankwesen allmählich in ein staatliches Banksystem umgewandelt wird.

Punkt 4. „erstrebt“ einen gerechten Ausgleich zwischen Stadt und Land und verweist darauf, den „nicht mehr lebensfähigen“ Großgrundbesitz in Gemeinbesitz überzuführen.

Der vorletzte Punkt, Außenhandelspolitik, enthält keinerlei Forderungen, sondern verweist nur darauf, daß es anders werden muß. Lediglich im letzten Satz des 5. Punktes wird angedeutet, daß in späteren Zeiten ein Außenhandelsmonopol an Stelle des heutigen privaten Handels treten müßte.

Im sechsten Punkt wird vom „kommenden“ Aufbau der Planwirtschaft gesprochen und vorgeschlagen, eine zentrale Stelle zu schaffen, die die Tätigkeit der öffentlichen Wirtschaft beobachtet und auf ihre „planmäßige“ Entwicklung hinwirken solle.

Das ist das ganze „Rettingsprogramm“ der Freien Gewerkschaften. Schon beim Lesen dieses Programms wird mancher ein Lächeln nicht unterdrücken können. Welch olle Kamellen wärmt hier der ADGB auf. Wie oft hat er „gefordert“, daß die Kaufkraft der Massen gestärkt werden müsse, daß die 40-Stunden-Woche amtlicherseits festzulegen sei. Alles nur Scheinmanöver, um die Mitglieder bei der Stange zu halten. Auch die jetzigen, anscheinend neuen Programmpunkte, wie die verlangte Verstaatlichung der Schlüsselindustrien usw. sind nur dazu angetan, der Arbeiterschaft Trugbilder vorzuzugeln, die auf dem Wege, den der ADGB zu gehen vorschlägt, nie verwirklicht werden können.

Es ist, genau besehen, die alte Leier, auf der zum wiederholten Male, das Lind vom friedlichen Hineinwachsen des Kapitalismus in den Sozialismus vorgespielt wird. Nur die Melodie ist etwas geändert worden, klingt radikaler. Unmöglich ist es, den ganzen Unsinn der sechs Punkte vollkommen wiederzugeben. Beschränken wir uns daher auf die Punkte, die uns als Metallarbeiter am meisten interessieren: Hebung der Kaufkraft der Massen, Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und Herstellung der Planwirtschaft.

Hebung der Kaufkraft der Massen. Das ist nur möglich durch Erhöhung der Löhne bei gleichzeitiger Stagnation der Warenpreise. Da die Unternehmer einer Lohnerhöhung stets entgegenhalten, daß die Rentabilität der Betriebe dies nicht zulasse, müßte folgerichtig der ADGB gleichzeitig die Forderung erheben auf Kontrolle der Betriebe durch die Arbeiter. Durch diese Kontrolle können den Unternehmern ihre riesigen Profitsummen nachgewiesen werden. Durch die Arbeiterkontrolle lassen sich Produktion und Handel beeinflussen. Das bedingt wiederum, daß die Rechte der Betriebsarbeiterschaft bedeutend erweitert werden müßten, insbesondere müßte der Ausbau der Rechte der Betriebsräte vorgenommen werden. Dem Unternehmer ist die volle Verfügungsgewalt über seinen Betrieb zu nehmen, die Arbeiter werden mit bestimmenden Faktoren. Es entsteht somit also eine Art Doppelherrschaft in den Betrieben.

Dieser Zustand ist jedoch, nur zu erreichen auf der Basis des schärfsten Klassenkampfes, nicht auf der von den Freien Gewerkschaften propagierten Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern, der sogenannten Wirtschaftsdemokratie. Soll also eine Stärkung der Kaufkraft der Arbeiterschaft erreicht werden, ist dies nur möglich, wenn die Arbeiterschaft sich das Recht der Kontrolle erkämpft, dadurch Einsicht in den Wirtschaftsgang erhält und in den Stand gesetzt wird, entscheidend an der Warenerzeugung und -Verteilung mitzuwirken.

Eng verbunden mit der Frage der Arbeiterkontrolle ist die der Planwirtschaft. Wenn die Arbeiterschaft sich das Recht als mitbestimmender Faktor in der Wirtschaft erkämpft hat, wird sie auch dazu übergehen, den unsinnigen planlosen, nur auf der Grundlage des Privatprofits aufgebauten Produktionsgang ein Ende zu bereiten durch den Aufbau einer planmäßigen Wirtschaft, deren Warenerzeugung sich nach dem Verbrauch richten wird.

Doch es ist ein Hirngespinnst, zu glauben, daß, wie die Tarnow und Co immer weismachen wollen, dieser Zustand von alleine zustande kommt, daß die Kapitalisten, den Widersinn ihres Profitsystems einsehend, freiwillig auf ihre, durch die Gewalt gestützten Rechte verzichten würden. Der Zusammenschluß aller Arbeiter, das gemeinsame Vorgehen aller Arbeiterorganisationen gegen jede Verschlechterung der Lebenslage des Proletariats, der alle Arbeiter umfassende, rücksichtslose Kampf gegen alle Kapitalisten und alles, was ihnen

hilft, das ist der Weg, den wir gehen müssen, um aus dem Schlamassel herauszukommen. Nicht staatliche Subventionen für die Schwerindustrie, sondern entschädigungslose Enteignung der Industriearbeiter, Erweiterung der Rechte der Betriebsräte, Kampf um die Kontrolle über die Betriebe, über das Geschäftsgeheimnis der Kapitalisten. Das sind die Forderungen, für die gekämpft werden muß und hier mitzuhelfen, ist Sache Aller.

## Bergmannarbeiter, gebt acht! Starker Auftragsrückgang Kommt Stilllegung?

Die Frage nach dem endgültigen Schicksal der schon seit geraumer Zeit ins Wanken gekommenen Bergmann-Elektrizitätswerke A.-G. beherrschte die am 21. Juni stattgefundene Generalversammlung der Bergmann-Aktionäre. Bei einem Kapital von 44 Millionen RM ist die Gesellschaft mit einem Verlustvortrag von 18,8 Millionen RM ins neue Geschäftsjahr gegangen. In den ersten fünf Monaten des Jahres 1932 sind die Auftragsgänge weiter auf die Hälfte der Vorjahrsziffern zurückgegangen.

Auf die verschiedenen Fragen der einzelnen Aktionäre antwortete der Aufsichtsratsvorsitzende Dr. von Stauf und der Vertrauensmann der Großaktionäre AEG. und Siemens Dr. Peierls, daß die Großaktionäre Bergmann Aufträge wegnehmen, davon könne keine Rede sein, zumal Bergmann vor allem mit anderen Spezialunternehmen konkurriere. Wenn die Glühlampenfabrik, die bestbeschäftigte Abteilung, an Osram verkauft worden sei, dann deshalb, weil anders die Mittel zur Rückzahlung eines fälligen Kredits nicht zu beschaffen waren.

Weiter wurde mitgeteilt, daß noch weitere Verluste zu erwarten seien. An der Elektrifizierung der Wannseebahn ist Bergmann mit einem Auftrag von 550 000 RM beteiligt. Peinlich war die Feststellung, daß die Gesellschaft bei der Pleite des Bankhauses Marcus u. Co. etwa eine halbe Million eingebüßt hat. In diesem Falle dürfte ein Verschulden der Verwaltung vorliegen. Das ist wohl auch der Grund für die Abberufung des alten Vorstandes. Zur Zeit beschäftigt Bergmann noch 2500 Mann. Doch wenn die Dinge sich weiter so entwickeln wie bisher, dann wird es nicht mehr lange dauern und es erfolgt eine riesige Massenentlassung. Wenn die Bergmann-Arbeiter nicht das Schicksal der Borsig-Arbeiter teilen wollen, dann müssen sie sich jetzt, wo es noch Zeit ist, gegen die Absichten der Verwaltung zur Wehr setzen. Die Arbeiter müssen verlangen, daß man ihnen klaren Wein einschenkt, wie die Lage ist. Das Recht der Einsichtnahme in die Bücher, das Kontrollrecht über den Betrieb muß gefordert werden. Nur dann wird es möglich sein, die bevorstehende Stilllegung zu verhindern.

## Arbeitslosigkeit und kein Ende

Nach einer Statistik der Gewerkschaften, die bis Ende Mai geht, betrug die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern 44,5 Prozent.

Untersucht man in einzelnen die Ergebnisse der Erhebung, dann enthüllt sich die ganze Trostlosigkeit des Arbeitsmarktes. In der sogenannten Konjunkturgruppe stieg die Arbeitslosigkeit weiter an, wenn auch nur ganz schwach, während die Kurzarbeit zunahm. Einzig in der Saisongruppe ist eine Erleichterung des Arbeitsmarktes eingetreten. Die Lage auf dem Baumarkt ist eine trostlose. Hierunter befinden sich auch die Gruppen der Steinarbeiter und der Grobkeramik. Nahezu vier Fünftel der Bauarbeiter müssen feiern, ohne Hoffnung und ohne Aussicht, in diesem Jahre irgendwie Arbeit zu bekommen, weil die von den Nationalsozialisten unterstützte Regierung noch weniger zur Behebung der Arbeitslosigkeit unternimmt als die voraufgegangene.

Auf dem Metallmarkt ist die Lage nicht viel besser. Die Hälfte aller Metallarbeiter ist arbeitslos, ein Viertel ist Kurzarbeiter, so daß nur der vierte Teil der Gesamtmetallarbeitserschaft voll in Arbeit steht. Eine Aenderung zum Besseren ist auch hier nicht zu sehen. Es ist im Gegenteil mit neuen Stilllegungen und Massenentlassungen zu rechnen. Das kapitalistische System ist eben am Ende des Lateins und vermag nicht mehr, für alle Brot und Arbeit zu beschaffen. Dies wird erst dann möglich sein, wenn die Arbeiterschaft satt des Elends, die Fettwänste beiseite schiebt und die Regelung der Wirtschaft in ihre Hände nimmt. Wenn das aber nicht bald geschieht, dann schliddern wir so langsam immer tiefer in das Elend hinein, bis wir eines Tages so tief drinstecken, daß wir ersaufen.

## Wo ist die Schlagkraft der Rohrleger geblieben?

Im Jahre 1929 wurde die Branche der Rohrleger und Helfer, eine aktive, der reformistischen Leitung des DMV. oppositionell gegenüberstehende Branche durch Ausschluß ihres Branchenleiters Niederkirchner und einiger anderer Mitglieder der Branchenleitung gespalten.

Mehr denn 3000 Rohrleger und Helfer blieben ihrer bewährten Branchenleitung treu und gründeten die Vereinigung der Rohrleger und Helfer. Diese führte einen zehn Wochen langen mustergültigen Kampf gegen Lohnabbau.

Der DMV., der damals nur noch einige hundert Rohrleger in seiner neu zusammengesetzten Rohrlegerbranche vereinigte, versuchte mit den gemeinsten Methoden den Streik illusorisch zu machen. Den Arbeitsämtern wurde die Vermittlung von Rohrlegern anbefohlen, da der Streik ja wild sei.

Nach zehnwöchigem Kampf kam es zu einer Einigung zwischen Unternehmer und der freien Vereinigung.

Diese sich im Kampf durchaus bewährte Organisation wurde unter die Fittiche der KPD. und RGO. gestellt, und damit war ihr Schicksal besiegelt. Die dreitausend hinter ihrem Führer Niederkirchner stehenden Kollegen verloren

zum großen Teil den Glauben an ihre Organisation, da sie sahen, daß jetzt nicht mehr die Mitglieder über das Schicksal der Organisation zu entscheiden hatten, sondern daß die Kommunistische Partei entschied. Niederkirchner wurde aus der Führung ausgeschafft; man gab ihm einen anderen Posten. Die freie Vereinigung wurde, als man den neuen Laden der Bauarbeiter, Einheitsverband genannt, während des Streiks der Bauarbeiter 1931 in Berlin aufzog, dort mit hereingepreßt.

Die Mitglieder der Rohrleger-Vereinigung waren zum großen Teil hiermit nicht einverstanden. Die Folge war, daß von der stolzen Kampftruppe der Rohrleger nur noch kümmerliche Reste übrigblieben.

Die Wirtschaftskrise tat ein übriges dazu. Dem hohen Lohn, den sich diese Branche stets erkämpft hatte und der 1929 noch 1,70 RM betrug, steht heute ein in freier Vereinbarung getätigter Stundenlohn von 1,16 RM gegenüber. Die freie Vereinbarung über den Abbau des Lohnes erfolgte, angeblich, wie die DMV.-Instanzen es begründeten, um dadurch einen durch die Schlichtungsinstanzen noch größeren Abbau zu verhindern.

In drei Jahren ein Abbau von 54 Pf. pro Stunde. — Man hört nichts mehr von der Kampftruppe der Rohrleger im Einheitsverband für das Baugewerbe. Nur die „Rote Fahne“ erinnert in einem Artikel „Drei Jahre Lohnabbau bei den Rohrlegern“ noch mal daran. In diesem Artikel sagt sie zwar nichts von der Vereinigung der Rohrleger, gibt aber zu, daß unter der Führung der oppositionellen Branchenleitung bis 1929 ständig Verbesserungen erkämpft wurden, 1930, also wo die Vereinigung schon bestand, Verschlechterungen des Manteltarifes kampflos hingenommen wurden, mithin schon der Kampfegeist verfliegen war.

Nun wissen wir zwar, daß die DMV.-Geister, die Helfer des Kapitals sind und damit die Schuld tragen an dem Lohnabbau. Bei den Rohrlegern, die 1929 zu 70 Prozent in der freien Vereinigung eine Kampforganisation hatten, die sogar der RGI. angeschlossen war, wäre eine solche Lohnverschlechterung durch die DMV.-Leitung unmöglich gewesen, wenn die Rohrleger damals erkannt hätten, daß die Vorbedingung für den Erhalt einer schlagkräftigen Organisation die Selbständigkeit derselben bedingt und daß der Mißbrauch dieser Kampftruppe zu allen möglichen politischen Experimenten die Schlagkraft vernichten mußte. Hätte sich diese Truppe damals den selbständigen revolutionären Industrieverbänden angeschlossen, dann wäre heute unter der Leitung ihrer bewährten Branchenführung ein Gegenpol gegenüber der DMV.-Rohrlegerbranche vorhanden, dessen Kraft bei den Verhandlungen zu berücksichtigen wäre, den auch die Unternehmer nicht hätten ableugnen können.

So rächt sich auch hier wieder die Unterordnung von revolutionären Gewerkschaften unter die Fittiche einer Partei, die in der Gewerkschaftsfrage noch niemals praktische Arbeit leistete.

Möge dieses Beispiel allen revolutionären Arbeitern, die heute von RGO. und Einheitsverbänden so sehr besetzt sind, eine Warnung sein!

## Auftragsrückgang bei Orenstein & Koppel

Nach Mitteilungen der Generalversammlung der Orenstein und Koppel A.-G. ist der Auftragsbestand gegenüber dem Vorjahre um die Hälfte gesunken. Ob eine Besserung, d. h. Auftragsgänge zu erwarten seien, hänge ganz von dem Verhalten der Reichsregierung und der Auftragspolitik der Reichsbahn ab. Im Jahre 1931 hatte die Orenstein und Koppel A.-G. bei einem Kapital von 36 Millionen RM einen Gesamtumsatz von 64 Millionen aufzuweisen, was als ganz enorm zu bezeichnen ist.

Niemand von den Orenstein und Koppel Arbeitern brauchte wegen Arbeitsmangel entlassen werden, wenn die deutsche Reichsregierung der Sowjetunion genügend Kredite zur Verfügung stellen würde, so daß dieser die Möglichkeit geboten wäre, Bestellungen in weit größerem Umfang als bisher zu tätigen.

## Sie wollen den Anschluß nicht verpassen

Hörsing, Oberpräsident und einstmaliger Führer des Reichsbanners, ist vielen Arbeitern wegen seines im Dezember 1931 veröffentlichten Arbeitsbeschaffungsprogrammes bekannt. Dieses sah die Einführung der Zwangsarbeit vor.

Er war eine der treuesten Stützen der Sozialdemokratie. Man hat ihn gehen lassen müssen, weil er zu offensichtlich mit einem Auge nach der Nazi-Partei schielte.

Durch den „Vorwärts“, das einstmalige Leiborgan Hörsings, wird bekannt, daß er aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen wurde und aus dem Reichsbanner ausgetreten ist, nachdem die Leitung schon seit längerer Zeit in Händen Hörsings lag.

Hörsing hat eine neue Partei, die sich „Sozialrepublikanische Partei“ nennt, gegründet.

Nach den Angaben bürgerlicher Zeitungen sollen sich schon zahlreiche SPD- und ADGB-Leute für diese Partei erklärt haben. Das bedeutet, daß diese bereit sind, in das Lager der Faschisten überzuliegen, den diese neugegründete Partei soll nur als Zwischending zwischen SPD. und NSDAP, das Sprungbrett für den Anschluß an die Nazipartei sein.

Damit folgt Hörsing und eine Reihe anderer den Winnig, Grützner, Bühler und andere SPD.-Größen in das Lager der Konterrevolution, um den Anschluß nicht zu verpassen.

## Versammlungskalender

Am Sonnabend, dem 9. Juli 1932, abends 7.30 Uhr, findet im Lokal Otto Gebauer, Karl-Gruhl-Straße die

Vierteljahres-Generalversammlung

des Bezirksvereins Nowawes-Potsdam statt. Die Tagesordnung lautet:

1. Die politische Lage (Referent: M. Scheil, Berlin).
2. Organisatorisches.
3. Verschiedenes.

Wir bitten alle Mitglieder, an dieser Versammlung, die infolge der gespannten politischen Situation von besonderer Wichtigkeit für alle Kollegen ist, restlos teilzunehmen. Mitgliedsbuch ist mitzubringen und dient als Ausweis.

Der Bezirksvereinsvorstand  
des Bezirks Nowawes-Potsdam.

# Schiffbau-Industrie-Verband

Zentrale: Berlin-Rummelsburg, Kantstraße 11. — E5 Lichtenberg 2094.

## Die Lage der Werftarbeiter

Die Weltwirtschaftskrise hat natürlich eine katastrophale Verminderung der Ueberschüsse erzeugt. Dadurch wurden hunderttausende Tonnen Schiffsraum stillgelegt, was zur Folge hatte, daß der Neubau von Schiffen fast vollständig eingestellt wurde und die Werftarbeiter noch stärker denn andere Industriegruppen zur Arbeitslosigkeit verurteilt wurden.

Der größte Teil der Werften, mit Ausnahme der Marinewerft in Wilhelmshaven, die ausschließlich Kriegsfahrzeuge herstellt und erneuert und der Deutschen Werke in Kiel, die ebenfalls Marineaufträge haben, beschäftigen sich deshalb die meisten Werften heute nur noch mit der Herstellung kleinerer Tank- und Fischdampfer und mit Reparaturarbeiten. So betrug im Jahre 1928 noch die Arbeiterzahl auf den Hamburger Werften rund 20 000, heute ist die Zahl auf weniger denn 5000 gesunken.

Aehnlich liegen die Verhältnisse in den übrigen Werften. — Die Löhne der Werftarbeiter zählen von jeher zu den schlechtesten, während die Ausbeutungsmethoden gerade auf den Werften als die brutalsten zu betrachten sind. — Rücksichtslos versuchten die Werftindustriellen sich gemeinsam mit der Schwerindustrie des Ruhrgebiets als Stoßtrupp der deutschen Unternehmerschaft gegen die Arbeiterschaft zu betätigen und bauten die Löhne immer mehr ab.

Im Jahre 1928 stand die Werftarbeiterschaft 14 Wochen im Kampf, und doch führte dieser Kampf zur Niederlage durch den Verrat der reformistischen Gewerkschaft.

Dies ermutigte die Unternehmer zu immer weiteren rücksichtslosen Vorstößen. Dem weiteren Lohnabbau im Jahre 1930 folgte ein erneuter Abbau der Löhne am 1. Oktober 1931 um 10 Prozent und am 1. Januar 1932 abermals um 10 Prozent. Die Stundenlöhne betragen seit dem 1. Januar 1932 in den Nordseebereichen für Gelernte 69 Pf., für Angelernte 63 Pf. und für Ungelernte 56 Pf. Diese Bettelpfennige hielten die Werfthyänen noch für zu hoch. Sie kündigten deshalb den Tarif zum 1. Juni und verlangten eine weitere Senkung um 7—10 Prozent. Angesichts der ungeheuren Erregung der Werftproleten wagte ein eingesetzter Schlichtungsausschuß es nicht, einen verbindlichen Schiedsspruch zu fällen, so daß für die Seeschiffswerften ab 1. Juni tarifloser Zustand besteht. Die Werftindustriellen versuchen nun in dieser Situation betriebsweise Vorstöße zu unternehmen.

Durch Anschlag im Betrieb gab die Bremer Vulkan-Werft und die Neptun-Werft, Rostock, bekannt, daß die Löhne ab 6. Juni d. J. auf den Stand vom 10. Januar 1927 herabgesetzt werden und damit für Gelernte der Stundenlohn 64 Pf., für Angelernte 58 Pf. und für Ungelernte 50 Pf. betrage, die Löhne der Jugendlichen 17—39 Pf. Wer mit diesen Löhnen nicht einverstanden sei, gelte als entlassen.

Für die Marinewerft Wilhelmshaven wurde ein Schiedsspruch gefällt, daß die Löhne der Marinewerften an die Löhne der Privatwerften anzugleichen sind.

Die Kollegen der Bremer Vulkan- und der Neptunwerft kämpften gegen das Lohnabbauakt. Die reformistischen Gewerkschaften lehnten eine Ausbreitung des Kampfes für die gesamte Werftindustrie ab. Dadurch wurde auch dieser Kampf zur Aussichtslosigkeit verurteilt.

Die Werftarbeiter, die schon oftmals bewiesen haben, daß sie eine Kampfstärke sind, sollten endlich erkennen lernen, daß, wenn sie erfolgreiche Kämpfe führen wollen, diese mit kapitalfreundlichen Gewerkschaften oder RGO.-Phrasen nicht möglich sind. — Sie brauchen dazu wieder eine große, starke, selbständige Klassenkampforganisation, die ihnen einstmals von denen, die heute sogenannte Einheitsverbände propagieren, zerschlagen wurde, weil sie sich nicht unter das Diktat dieser Einheitsapostel stellen wollten.

Alle Arbeiter der See- und Flußschiffswerften gehören daher in die auf vollkommen selbständiger Grundlage aufgebaute Klassenkampforganisation, den Schiffbau-Industrieverband, welcher dem Bund revolutionärer Industrieverbände angeschlossen ist und der oftmals in Kämpfen mit dem Unternehmertum dort, wo er ausschlaggebend war, den Beweis praktischer Gewerkschaftsarbeit erbracht hat, und dessen Grundlage, alle Arbeiter ohne Unterschied des Berufes, welche in der Schiffbau-Industrie beschäftigt sind, in dieser Organisation zu sammeln, die Gewähr bietet, dem Werftkapital erfolgreich entgegenzutreten zu können.

## Die neuen Sätze in der Arbeitslosenversicherung

In einer Zusatzverordnung zur Notverordnung werden jetzt die neuen Unterstützungssätze in der Arbeitslosenversicherung bekanntgegeben, die mit dem 27. Juni in Kraft treten; alle laufenden Unterstützungsfälle werden von der Neuregelung betroffen. Es sind zunächst drei große Teuerungsgruppen geschaffen worden, und zwar unter Anlehnung an die Ortsklassen des Besoldungsgesetzes für Reichsbeamte. Die Unterstützungssätze der höchsten Teuerungsgruppe entsprechen der Sonderklasse und der Ortsklasse A des Reichsbesoldungsgesetzes. Die beiden anderen Teuerungsgruppen beziehen sich auf die Ortsklassen B bis E des Besoldungsgesetzes, und zwar auf alle Orte mit mehr als 10 000 Einwohnern und auf alle Orte mit 10 000 Einwohnern und weniger.

Berlin gehört zur Teuerungskategorie mit den höchsten Unterstützungssätzen, deren Abbau, wie das schon aus der Notverordnung hervorgeht, eine ungeheure Senkung der Unterstützungssätze nach sich zieht. Die bisherigen elf Lohnklassen werden in sechs Lohnklassen zusammengelegt. Die erste, zweite und dritte bleiben bestehen, die vierte, fünfte und sechste werden zusammengelegt, ebenso die siebente und achte und schließlich die neunte, zehnte und elfte.

Was den Arbeitslosen mit dieser neuen Notverordnung an Unterstützung geraubt wird, ergibt eine Gegenüberstellung der alten und der neuen Unterstützungssätze. Einige Beispiele: Ein Arbeitsloser mit Frau und Kind erhielt bisher in der Lohnklasse VIII 18 Mark wöchentliche Unterstützung, nach Inkrafttreten der Notverordnung nur noch 14,70 Mark, ihm wird also die Unterstützung um 3,30 Mark gekürzt. Ein

lediger Unterstützungsempfänger derselben Lohnklasse erhielt bisher 13,50 Mark und soll künftig nur noch 9,90 Mark erhalten, das ist ein Unterstützungsabbau von 3,60 Mark. In der Lohnklasse VI wird bei den Verheirateten mit einem Kind die Unterstützung von 14,85 Mark auf 12 Mark und bei den Unverheirateten von 11,55 Mark auf 8,40 Mark abgebaut.

Die Unterstützung beträgt wöchentlich:

in der Lohnklasse	in Orten der Sonderklasse und der Ortsklasse A							in Orten der Ortsklasse B bis E															
								mit mehr als 10 000 Einwohnern						mit 10 000 Einwohnern und weniger									
	ohne	mit 1	mit 2	mit 3	mit 4	mit 5	mit 6 oder mehr	ohne	mit 1	mit 2	mit 3	mit 4	mit 5	mit 6 oder mehr	ohne	mit 1	mit 2	mit 3	mit 4	mit 5	mit 6 oder mehr		
	zuschlagsberechtigten Angehörigen																						
	RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM	
I	5,10	6,60	6,60	6,60	6,60	6,60	6,60	5,10	6,60	6,60	6,60	6,60	6,60	6,60	4,50	5,70	5,70	5,70	5,70	5,70	5,70	5,70	
II	6,—	7,50	9,—	10,50	10,50	10,50	10,50	6,—	7,50	9,—	10,50	10,50	10,50	10,50	4,50	5,70	6,90	8,10	8,10	8,10	8,10	8,10	
III	7,20	9,—	10,80	12,60	12,60	12,60	12,60	6,—	7,50	9,—	10,50	10,50	10,50	10,50	5,10	6,60	8,10	9,60	9,60	9,60	9,60	9,60	
IV						15,60	15,60							14,40	14,40							12,—	12,—
V	8,40	10,20	12,—	13,80	15,60	17,40	17,40	7,20	9,—	10,80	12,60	14,40	16,20	16,20	6,—	7,50	9,—	10,50	12,—	13,50	13,50	13,50	13,50
VI						17,40	19,20							16,20	18,—							13,50	15,—
VII	9,90	12,30	14,70	17,10	19,50	21,90	24,30	8,40	10,20	12,—	13,80	15,60	17,40	19,20	7,20	9,—	10,80	12,60	14,40	16,20	18,—	18,—	
VIII															7,20	9,—	10,80	12,60	14,40	16,20	18,—	18,—	
IX															8,40	10,20	12,—	13,80	15,60	17,40	19,20	19,20	
X	11,70	14,40	17,10	19,80	22,50	25,20	27,90	9,90	12,30	14,70	17,10	19,50	21,90	24,30	8,40	10,20	12,—	13,80	15,60	17,40	19,20	19,20	
XI															8,40	10,20	12,—	13,80	15,60	17,40	19,20	19,20	

## Für Kinderelend ist kein Geld übrig

Die kapitalistische Wirtschaftskrise ruft beim Proletariat immer größere Not und zunehmendes Elend hervor, um so furchtbarer wird ihre Wirkung beim proletarischen Kind.

Welchen Umfang diese Kindernot erreicht hat, läßt eine Denkschrift des preußischen Wohlfahrtsministers über den Gesundheitszustand der Kinder in den preußischen Volksschulen durchblicken.

Diese Denkschrift sowie neuere Berichte aus den Landesgebieten der einzelnen Gesundheitsämter zeigen in wenigen Worten das ungeheure Elend, das durch ein System der grenzenlosesten Ausbeutung der arbeitenden Klasse hervorgerufen wird und das nicht davor zurückschreckt, den Erwerbslosen und Kriegsverletzten noch das letzte Stück Brot zu rauben und dadurch wieder deren Kinder dem Hunger preiszugeben. Der Bericht sagt:

„Ueber den Ernährungszustand der Schulkinder kommen besonders ernste Nachrichten aus den Regierungsbezirken Breslau, Schleswig, Stade und Düsseldorf.“

Aus zwölf weiteren Regierungsbezirken liegen Klagen über zunehmende Unterernährung der Jugend aus den Industriebezirken, aber auch aus den Landkreisen vor. So wurden in Königsberg-Land zahlreiche unterernährte Kinder bei den neu zugezogenen Siedlern festgestellt. Bei den Familien der sogenannten Freiarbeiter, die nur aushilfsweise auf den Gütern Arbeit finden, herrschen in dieser Hinsicht die traurigsten Zustände.

Neben dem schlechten Ernährungszustand der Schüler wird über ihre mangelhafte Bekleidung berichtet. Es mehren sich die Fälle, wo Neuausschaffungen überhaupt nicht mehr möglich sind.

In den Bezirken Gumbinnen, Oepeln, Liegnitz und Kassel konnten im Winter viele Kinder überhaupt nicht die Schule besuchen, weil sie keine Schuhe besaßen. — Der Mangel an Betten und Bettwäsche ist katastrophal; vierzig Prozent der Volksschüler besitzen kein eigenes Bett, sie müssen mit ihren Geschwistern oder Eltern zu drei oder vier zusammenschlafen.

Nach Feststellungen an 165 Landschulen in Ostpreußen, mitgeteilt von dem Lehrer Förster in der Preußischen Lehrzeitung, besitzen von 6053 Arbeiterkindern nur 592 ein eigenes Bett, mehr als 90 Prozent der Kinder schlafen zu zwei, drei, ja vier in einem Bett, vielfach auch mit fremden erwachsenen Hofgängern gemeinsam.

All dieses hat einen bedrohlichen Gesundheitszustand der Schulkinder zur Folge. So ist in Berlin, Magdeburg, Wiesbaden und Düsseldorf eine starke Zunahme von tuberkulösen Kindern zu verzeichnen.

Nach einer Mitteilung von Dr. Keding im Verein für Tuberkulosefürsorge sind in Kassel 35 Prozent der Kleinkinder, 50 Prozent der Schulkinder und etwa 70 bis 80 Prozent der schulentlassenen Jugend tuberkulös.

Diese Kindernot wird noch vergrößert durch die staatlichen Sparmaßnahmen. Die Krankenkassen setzen ihre Leistungen herab. Die Ratschläge der Aerzte können von den Eltern nicht befolgt werden, Geld für Kräftigungsmittel und Zusatznahrung ist nicht vorhanden.

Allein in Preußen sind bereits 63 Schulärzte entlassen worden. In 33 Kreisen wurde die schulärztliche Fürsorge ganz eingestellt. In weiteren 54 Kreisen wurde die Fürsorge dahingehend eingeschränkt, daß nur noch die Anfangslehrgänge der Schulkinder von Schulärzten untersucht werden.

Dieser Bericht der Behörden schreibt Bände für sich.

Die Verelendung der Kinder, also des Nachwuchses eines Staates, wird sich für das Wirtschaftsleben dieses Staates einst bitter rächen. Nur ein Staat der gesunde und kräftige Menschen sein nennt, wird im Wirtschaftsleben konkurrenzfähig sein, sowohl in physischer als auch in geistiger Beziehung. Auch kulturell wird ein solches Staatswesen zurückgehen.

Wenn man sich den Preußischen Etat besieht und findet, daß für Kinderpeisung ganze 250 000 Mark, für Schulgesundheitspflege 150 000 Mark, für Kleinkinderfürsorge 125 000 Mark, für Säuglingspflege 177 000 Mark, dagegen

für Verpflegung der Schulpferde . . . . . 2 023 000 Mark, für Polizeihunde . . . . . 460 000 Mark, für Justiz . . . . . 447 000 000 Mark, für Pfarrergehälter . . . . . 57 000 000 Mark

Nachstehende Tabelle enthält die neuen Unterstützungssätze.

Daß mit diesen Unterstützungssätzen kein Arbeitsloser auskommen kann, liegt auf der Hand. Das Elend der Arbeitslosenarmee wird ungeheuer wachsen. Dabei ist zu bedenken, daß es sich hierbei um die Unterstützungssätze der Arbeitslosenversicherung handelt, die der größte Teil der jetzt noch Unterstützungsberechtigten nur sechs Wochen lang erhält. Dann erfolgt die Bedürftigkeitsprüfung mit der Anrechnung anderer Einkommen in der Familie wie bei der Wohlfahrts- und Krisenunterstützung, nach der die Unterstützung entweder gesenkt oder gänzlich entzogen wird.

eingesetzt sind, dann muß man schon feststellen, daß die herrschende Klasse, die Deutschlands Wohl so sehr im Munde führt, für Deutschlands Zukunft nichts mehr übrig hat, daß ihr Polizei, Justiz und Kirche zur Erhaltung ihres kapitalistischen Ausbeutungssystems viel wichtiger erscheint als der Nachwuchs der Nation. Damit bescheinigen sie den Bankrott ihres Systems!

Die Arbeiterklasse hat demgegenüber die Pflicht, die Reihen zum gemeinsamen Kampf zu schließen, zum Kampf für eine Wirtschaftsordnung, in der gerade den Kindern ausreichende Ernährung und Kleidung sowie gesunde Wohnverhältnisse gesichert sind.

## „Marxist“ von Papen

Reichskanzler von Papen hat in seiner Rede vor dem deutschen Landwirtschaftsrat als Ziel der neuen Regierung bezeichnet, „durch einen organischen Umbau der Wirtschaft die Fehler des kapitalistischen Systems auszumerzen“. Die Fachzeitschrift „Die Bank“ folgert daraus, daß auch der Kanzler die Ansicht habe, die Weltwirtschaftskrise sei auf ein Versagen der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise zurückzuführen. Da das eine Grundanschauung des Marxismus entspricht, so könnten Voreilige urteilen, Herr von Papen sei unter die Marxisten gegangen.

Man würde damit dem Kanzler bitter Unrecht tun. In derselben Rede sprach er nämlich auch von der Wiederherstellung der Verbundenheit von Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Was das zu bedeuten hat, hat uns Mussolini bereits gezeigt. Das Arbeitsrecht des faschistischen Musterstaates charakterisiert sich als Versuch, den berufsständischen, mittelalterlichen Staat wiederherzustellen, und Verbundenheit von Arbeitgeber und Arbeitnehmer bedeutet in diesem Zusammenhang die eBziehung zwischen Herr und Sklave. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, wittern die Vertreter des reinen Profitinteresses bereits Morgenluft. So nennt das Unternehmerblatt „Deutsche eBrgwerkszeitung“ die Einführung des Begriffes der „Hilfsbedürftigkeit“, der in der Arbeitslosenversicherung nach der von Papenschen Notverordnung jetzt schon nach sechs Wochen zur Geltung kommt, „einen nicht zu unterschätzenden Fortschritt“ und frohlockt, der Versicherungscharakter sei dadurch stark durchlöchert. Von dieser Anschauung ist die neue Notverordnung durchtränkt. Nein, Herr von Papen ist kein Marxist.

## Versammlungskalender

- Berlin:**  
Jeden Mittwoch nach dem 15. in Lichtenberg, Hauptstr. 87 (Poczontek).
- Köpenick:**  
Jeden Montag nach dem 15. in Köpenick, Rosenstraße 11 (Augustin).
- Woltersdorf:**  
Jeden 1. Dienstag im Monat in Rüdersdorf, Brückenstr. 1 (Rusch).
- Potsdam:**  
Jeden 2. Dienstag im Monat in Potsdam, Alte Königsstr. 27 (Wüstenhagen).
- Fürstenberg:**  
Jeden 1. Freitag im Monat in Fürstenberg a. d. O., Göhring, Buchkrug.
- Kremmen:**  
Jeden Montag vor dem 15. in Kremmen, Dammstr. 219 (Olm).
- Niederlehme:**  
Jeden Freitag nach dem 15. in Niederlehme, Neue Mühler-, Ecke Bismarckstr.
- Unbedingte Pflicht ist es, daß jeder Kollege die für ihn in Frage kommende Versammlung besucht.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitung ist die 27. Beitragswoche fällig.